

Rede des Preisträgers Valentin Feneberg bei der Berlin Lecture am 21.11.2025

Vielen Dank! Vielen Dank an das BIM und die Hertie-Stiftung für diesen Preis und die Wertschätzung. Vielen Dank an die Jury für die investierte Zeit und die Auseinandersetzung mit meiner und den anderen Arbeiten. Vielen Dank an Klaus Bade, der vieles von dem ermöglicht hat, was die Migrationsforschung heute ausmacht. Und der mit seiner Arbeit und den vielfältigen Kooperationen gezeigt hat, wie wichtig es ist, unterschiedliche Disziplinen zusammenzubringen und über Fächergrenzen hinweg zu forschen. Daran anknüpfend macht mir dieser Preis Mut, weiter einen Weg einzuschlagen, der mich als Politikwissenschaftler immer wieder hinein in eine andere Disziplin geführt hat, in die Rechtswissenschaft, von der ich viel gelernt habe und weiter lerne und zu der ich versuche, Brücken zu bauen, damit auch die Rechtswissenschaft von unserem sozialwissenschaftlichen Wissen profitiert.

Der Preis ermutigt mich außerdem, mich ein wenig selbstbewusster so zu bezeichnen: Als Wissenschaftler. Ich teile mit vielen anderen hier im Raum die Erfahrung, weitgehend im Unklaren zu sein, ob ich den Beruf, den ich gerade ausübe, noch wesentlich länger ausüben kann, geschweige denn mein ganzes Leben lang. Das ist kein Understatement, das ist deutsche Wissenschaftspolitik. Auf diese Politik will ich hier gar nicht länger eingehen, sondern stattdessen kurz realisieren, dass wir, die Doktorand:innen und Post-Docs hier im Raum und anderswo, es schon sind: Wissenschaftler:innen. Wir forschen, tragen etwas bei, arbeiten zusammen und nicht gegeneinander. Vielen Dank für diese Zusammenarbeit, die in den letzten Jahren die größte Bereicherung dieses Berufs war und wird es weiter bleiben wird.

Wir verrichten diese Arbeit in einem politischen Klima, das die Komplexität globaler Probleme auf eine beängstigende Art und Weise reduziert und die Schuld bei denen sucht, die Grenzen überqueren, überqueren müssen, oft genug, weil unser Leben hier ein Leben anderswo unmöglich macht.

Ein großer Teil meiner Forschung beschäftigt sich mit der Frage, wie politisch und rechtlich festgelegt und dann festgestellt wird, wer von diesen Menschen schutzberechtigt ist, welchen Asylstatus etwa syrische oder russische Militärdienstverweigerer erhalten, ob es auch Schutz vor extremer Armut oder Klimakatastrophen gibt, und woher das Wissen für solche Entscheidungen kommt.

Angesichts der politischen Entwicklungen kann man mir zurecht entgegenhalten, dass dieser empirische Fokus immer weniger wichtig ist. Denn die Frage, wer schutzberechtigt ist und wie das festgestellt wird, erübrigt sich, wenn Europa alles daran setzt, die Menschen erst gar nicht bis zu dieser Prüfung vorzulassen: Wenn Migrationsrouten unterbunden, Asylverfahren ausgelagert oder an die Außengrenzen verschoben werden. Wenn also die tödliche Politik der künstlichen Unterscheidung von „Uns“ und „Denen“, über die Jason Stanley gleich in voller Länge sprechen wird, bereits lange vor der inhaltlichen Prüfung eines Asylantrags stattfindet. Und danach nicht aufhört.

Dass diese Politik der Abschottung und der Aufteilung der Menschen in die, die dazugehören und die, die gehen müssen oder erst gar nicht kommen dürfen, unseren Rechtsstaat als solchen untergräbt und damit Auswirkungen weit über die Migrations- und Asylpolitik hinaus hat, wird heute Abend noch in angemessener Vertiefung Thema sein. Einen Effekt dieser Politik will ich zum Abschluss kurz betonen: Es ist das zunehmende Rechtfertigungsbedürfnis, wenn wir Asyl als solches verteidigen, als universales Menschenrecht und ohne gleich mitmeinen zu müssen, dass die, die kommen, ja auch irgendwie nützlich sind in einer überalterten Gesellschaft.

Der Verfassungsblog, von dem heute Abend noch die Rede sein wird, versorgt uns jede Woche mit einem Editorial, in dem Constantin Hruschka letzte Woche wuchtig beschrieben hat, was alles in Gefahr gerät, wenn dieses Rechtfertigungsbedürfnis zur Normalität wird und wenn der Rechtsstaat an immer mehr Stellen angesägt wird. Und so scheinbar schwach dieses Argument auch daherkommt in Zeiten einer Politik der Stärke und einer Politik der Feindschaft erinnert er uns daran: Das Fundament aller Grundrechte ist die Empathie. Insbesondere das Asylrecht setzt voraus, das Leid Anderer als rechtlich relevant anzuerkennen. Er schreibt: „Wenn Empathie politisch diskreditiert wird, verliert das Recht seine Basis.“ Wenn also das, worauf unser aller Rechte aufbauen, zunehmend der Rechtfertigung bedarf, dann geht noch mehr verloren als eine humane Migrationspolitik. Als wäre das nicht schon Verlust genug.

Trotz alledem: Ich freue mich, Teil einer wissenschaftlichen Gemeinschaft zu sein, die dazu beiträgt, dass sich wieder die rechtfertigen müssen, die Rechte verletzen und die wider besseres Wissen Abschottung als Problemlösung verkaufen. Ich freue mich auf einen Vortrag und ein Podium mit Gebrauchsanweisungen gegen Faschismus und für die liberale Demokratie. Und ich freue mich über einen Preis, der mich auf meinem Weg, wohin auch immer genau, bestärkt. Vielen Dank.